

# Zur Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie

Andreas Busen\*

**Schlüsselwörter:** Politische Theorie, Nachhaltigkeit, Theorie und Praxis, Realismus, Zukunft

**Abstract:** Der Beitrag diskutiert das Verhältnis der Politischen Theorie zu einem zentralen Begriff des gegenwärtigen Nachdenkens über Zukunft (und entsprechenden Praktiken): ‚Nachhaltigkeit‘. Dabei wird zunächst eine Bestandsaufnahme hinsichtlich der politiktheoretischen Beschäftigung mit Nachhaltigkeit vorgenommen. Aufbauend darauf werden zwei grundlegende Thesen entwickelt: Erstens beschäftigt sich die Politische Theorie nämlich nicht nur bereits mit einer Vielzahl zentraler Aspekte der Nachhaltigkeitsdebatte, sondern kann durch ihre spezifische Perspektive die Rolle einer Reflexionsinstanz innerhalb dieser Debatte einnehmen. Zweitens erweist sich auch für die kritische Selbstreflexion ebendieser Rolle die Auseinandersetzung mit ‚Nachhaltigkeit‘ als fruchtbar, nämlich als Ausgangspunkt für die Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie.

**Abstract:** In this paper, I look at the way Political Theory has engaged with a concept that is at the heart of current thought about the future, namely ‘sustainability’. I begin by taking stock of the ways in which Political Theory has traditionally been approaching the concept. I then take this as the starting point for developing two main theses: Firstly, I argue that not only does contemporary Political Theory already provide a number of important perspectives on sustainability, but that it may actually be particularly suited to act as an instance of critical reflection for the debate about sustainability overall. Secondly, engaging with sustainability may also provide Political Theory with the resources necessary for critical self-evaluation – namely by way of informing the idea of a Sustainable Political Theory.

Wo es um eine auf die Zukunft ausgerichtete Analyse, Bewertung und Orientierung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher wie auch politischer Verhältnisse und Entwicklungen geht, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in wissenschaftlichen Debatten, in der (politischen) Praxis und allen dazwischen liegenden Sphären und Diskursen ‚Nachhaltigkeit‘ zu einem, wenn nicht sogar *dem* zentralen Bezugspunkt entwickelt. Entlang der Bezugnahme(n) auf Nachhaltigkeit, so ist jüngst entsprechend treffend konstatiert worden, lassen sich die gegenwärtigen „Imaginationen von Zukunft“ ablesen (Adloff / Neckel 2019). Für die Politische Theorie – so sie zur Gestaltung und/oder Reflexion zukunftsorientierter Perspektiven und Entwicklungen beizutragen beansprucht – mag das Anlass zum Nachdenken darüber geben, welchen spezifische(n) Perspektive(n) sie auf das Thema ‚Nach-

---

\* Andreas Busen, Universität Hamburg  
Kontakt: andreas.busen@uni-hamburg.de

haltigkeit‘ beizutragen vermag, und inwiefern sie möglicherweise bereits selbst Vorstellungen über die Zukunft mitprägt. Im Folgenden sollen hierzu einige Überlegungen angestellt und dabei insbesondere ausgelotet werden, was von der Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie zu halten ist.<sup>1</sup> Eine erste und unmittelbare Reaktion hierauf könnte in der kritischen Nachfrage bestehen, ob hier nicht einfach eine allgegenwärtige Begriffshülse aus ‚Modegründen‘ vor den Karren der Politischen Theorie gespannt wird (oder – noch schlimmer – andersherum). Entgegen solcher Befürchtungen hoffe ich zeigen zu können, dass sich aus einer Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs für die Politische Theorie mindestens zwei wichtige Impulse gewinnen lassen. Dies betrifft, so werde ich argumentieren, zwei Dimensionen, nämlich *erstens* den Gegenstand beziehungsweise die Gegenstände, mit denen sich die Politische Theorie zukünftig (auch) auseinanderzusetzen hat (Abschnitt 2), und *zweitens* das Produkt beziehungsweise die Produkte der Politischen Theorie – also Politische Theorien – und die Frage, in welcher Form diese selbst nachhaltig sein können (Abschnitt 3). Bevor ich diese Argumentation ausführlicher darstelle und in wenigstens einigen Details entwickle, soll aber zunächst ein knapper (Rück-)Blick auf die Nachhaltigkeitsdebatte und ihre Folgen geworfen werden (Abschnitt 1).

## 1. Nachhaltigkeit und Politische Theorie

Auf den ersten Blick mögen mindestens zwei Gründe nahelegen, dass eine Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Nachhaltigkeit‘ für die Politische Theorie entweder nur wenig Potenzial aufweist oder aber nachgerade abzulehnen ist. Wo *erstens* mit Nachhaltigkeit in erster Linie ökologische Fragen in Verbindung gebracht werden, deuten sich zwar spezifische ‚Schnittmengen‘ mit der Politischen Theorie – wie Klimagerechtigkeit oder die Frage nach den Besitzrechten an natürlichen Ressourcen – an, während es für die Breite der gegenwärtigen Politischen Theorie aber kaum Anknüpfungspunkte zu geben scheint.<sup>2</sup> Gravierender ist aber *zweitens* die eingangs bereits angedeutete und weitverbreitete Einschätzung, dass es sich bei ‚Nachhaltigkeit‘ inzwischen um wenig mehr als eine „Worthülse“ handelt, mit der „alles, was uns edel, hilfreich und gut erscheint“ (Renn et al. 2007: 9) referenziert wird. Wo auf der einen Seite die von einer Vielzahl von Akteuren aus Wissenschaft, Politik und anderen Bereichen getragene Nachhaltigkeitsdebatte die Bedeutung des Begriffs immer weiter ausdifferenziert und sich auf der anderen Seite praktisch jedes (Groß-)Unternehmen – sei es als wettbewerbsinduzierte Imagepolitik oder als *whitewashing* – dem Nachhaltigkeitsideal verpflichtet, scheint ‚Nachhaltigkeit‘ sowohl eines Begriffskerns zu entbehren als auch beinahe beliebig ideologisch besetzbar zu sein. Kritischen Stimmen gilt Nachhaltigkeit gar spezifisch als eine Formel, mit der „eine

- 
- 1 Für die sehr grundsätzlichen und kritischen Nachfragen bin ich den Teilnehmerinnen des Symposiums in Berlin dankbar. Von den gleichermaßen kritischen Rückmeldungen im Kolloquium „Europa und Moderne“ in Hamburg habe ich ebenso erheblich profitiert.
  - 2 Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass die Vertreter:innen eines – wie es bisweilen heißt – „ökologischen politischen Denkens“ auf dem Holzweg wären. Im Gegenteil gebührt ihnen das Verdienst, frühzeitig die politiktheoretische Bedeutung von Nachhaltigkeit erkannt und bereits in den siebziger und achtziger Jahren eine wichtige, kritische Perspektive auf den Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Risiken neuer Technologien und verwandte Themen entwickelt zu haben (vgl. Stein 2016). Ich konstatiere hier lediglich, dass eine solche Perspektive innerhalb der zeitgenössischen politischen Theorie eher eine Nische besetzt. Gleichzeitig, so werde ich im Folgenden argumentieren, erschöpft sich das Thema Nachhaltigkeit aber politiktheoretisch nicht in einem solchen ökologischen politischen Denken.

Stabilisierung des Kapitalismus erreicht und der neoliberale Aus- und Umbau von Gesellschaften in Form von Privatisierungs-, Deregulierungs- und Liberalisierungsprozessen weltweit legitimiert und vorangetrieben werden soll“ (Gottschlich 2017: 21 f.). Eine Beschäftigung mit Nachhaltigkeit dürfte sich dementsprechend, so die Sorge, für die Politische Theorie einerseits als eine äußerst diffuse und substanziell einigermaßen unklare Aufgabenstellung erweisen, andererseits aber gleichzeitig die Gefahr bergen, sich fast unvermeidlich bestimmten Interessen anzudienen.

Tatsächlich scheinen mir aber die Vorzeichen deutlich besser zu stehen. *Erstens* bezieht sich Nachhaltigkeit keineswegs ausschließlich oder auch nur primär auf ökologische Fragen. Schon in Hans Carl von Carlowitz' *Sylvicultura Oeconomica* (1713), das mutmaßlich den begriffsgeschichtlichen Ursprung von ‚Nachhaltigkeit‘ darstellt (vgl. Huss / Gadow 2012), werden zentral auch ökonomische und soziale Aspekte betont. Mithin resultiert die Problemstellung einer nachhaltigen Nutzung der Ressource Holz nur daraus, dass davon die Aufrechterhaltung bestimmter ökonomischer und sozialer Errungenschaften abhängt: „[E]ine kontinuierliche beständige und nachhaltige Nutzung“ der Ressource Holz, so formuliert Carlowitz entsprechend in einer berühmt gewordenen Passage, ist deshalb mit allen Mitteln anzustreben, „weil es eine unentbehrliche Sache ist / ohne welche das Land in seinem Esse nicht bleiben mag“ – was Carlowitz sodann am Beispiel der Bedeutung von Holz für den Bergbau („das edle Kleinod dieser Lande“) veranschaulicht (Carlowitz 1713: 105 f.). Mit der Etablierung des modernen Begriffs von Nachhaltigkeit unter anderem durch den Brundtland-Bericht von 1987, die UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992, die Agenda 21 und andere Konventionen und Deklarationen wurden dann neben ökologischen Aspekten ganz explizit soziale und ökonomische Themen wie (globale) Armut und Ungleichheit der Lebens- und Einkommensverhältnisse, Bevölkerungsentwicklung oder auch wissenschaftlicher und technologischer Fortschritt, Wirtschaftswachstum (und dessen Grenzen) als elementare Komponenten nachhaltiger Entwicklung identifiziert. Dies spiegelt sich auch in der breit akzeptierten Definition von „Nachhaltiger Entwicklung“ im Brundtland-Bericht wider, in der entsprechend allgemein von „Bedürfnissen“ die Rede ist: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46). Spätestens im Zuge „der stark explorativen Phase der ‚neuen‘ Nachhaltigkeitsdebatte“ (Ott / Döring 2011: 35) in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre etablierte sich schließlich die Einsicht, dass Nachhaltigkeit nur unter Berücksichtigung ihrer Mehr-Dimensionalität effektiv analysiert und verfolgt werden kann. Zum Ausdruck kommt diese Entwicklung unter anderem im nach wie vor prominenten ‚Drei-Säulen-Modell‘ von Nachhaltigkeit (Kleine 2009: 5 ff.) sowie in daran anschließenden Modellen, wie zum Beispiel dem ‚integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck‘ (Hauff / Kleine 2005), in denen neben Ökologie entsprechend auch Ökonomie und Soziales als ‚Säulen‘ beziehungsweise ‚Eckpunkte‘ von Nachhaltigkeit bestimmt werden. Auch wenn ‚Politik‘ hier nicht dezidiert als eigenständige Säule auftaucht, dürfte an dieser Ausdifferenzierung des Feldes Nachhaltigkeit dennoch bereits zu sehen sein, dass sich hier für die Politische Theorie auch jenseits von Spezialinteressen an ökologischen Themen eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten ergeben – und zwar ohne dabei gleichzeitig einer völligen Beliebigkeit anheimzufallen (ausführlicher hierzu im folgenden Abschnitt).

*Zweitens* wird nämlich am gerade skizzierten Verlauf der Nachhaltigkeitsdebatte bereits deutlich, dass ‚Nachhaltigkeit‘ – trotz einer begrifflichen Ausdifferenzierung – kei-

neswegs inhaltsleer oder zu einer reinen Worthülse geworden ist. Und auch wenn sich strategisch motivierte beziehungsweise ideologische Verwendungsweisen des Nachhaltigkeitsbegriffs beobachten lassen, existieren innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte durchaus auch Ressourcen und Mittel, um solche Verwendungsweisen kritisch zu befragen. Wenn vielleicht auch nicht innerhalb des ‚Mainstreams‘, lassen sich nämlich bereits relativ früh auch Stimmen innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte identifizieren, die die Entwicklung des Nachhaltigkeitsbegriffs kritisch begleiten. Für die 1990er Jahre sind hier neben der BUKO vor allem feministische Ansätze zu nennen (vgl. Gottschlich 2017: insbesondere 239–328); in den 2000er Jahren sind außerdem eine Reihe von diskurs- und hegemonietheoretischen Perspektiven entwickelt worden, die nicht zuletzt den Einfluss ökonomischer Interessen sowie (globaler) Macht- und Einflusstrukturen auf die Entwicklung des Nachhaltigkeitsbegriffs kritisch nachvollziehen (vgl. Dingler 2003). Damit soll keineswegs gesagt sein, dass die gesamte Nachhaltigkeitsdebatte gegenwärtig von einem solchen Niveau an kritischer Selbstreflexion geprägt ist. Mit Blick auf eine Annäherung der Politischen Theorie an das Thema Nachhaltigkeit sind damit aber Mittel und Wege aufgezeigt, wie eine Auseinandersetzung mit und Anknüpfung an dieses Thema aussehen kann, die sich im Sinne von reflexiver Wissenschaft ihrer unvermeidlichen Gefangenheit in und Wirkung auf die existierende Theorie und Praxis von Nachhaltigkeit bewusst ist.

## 2. Politische Theorie der Nachhaltigkeit

Eine erste Perspektive, die sich aus einer konsequent(er)en Auseinandersetzung der Politischen Theorie mit dem Konzept der Nachhaltigkeit ergibt, lässt sich als *Politische Theorie der Nachhaltigkeit* beschreiben. Das *erste* und offensichtlichste Betätigungsfeld für die Politische Theorie innerhalb dieser Perspektive ist die Auseinandersetzung mit mutmaßlich einschlägigen ‚Nachhaltigkeitsthemen‘. Hierunter fallen etwa der Umgang mit knappen Ressourcen, die Veränderung des Klimas, die (globale) Bevölkerungsentwicklung, die ungleichen Entwicklungsfortschritte in verschiedenen Ländern sowie (Welt-)Armut. Eine Expertise kann die Politische Theorie hier für Fragen geltend machen wie die nach den Eigentumsrechten an natürlichen Ressourcen, nach der Verantwortung für Luftbeziehungsweise Umweltverschmutzung und deren Folgen oder nach den Ursachen von globaler Armut und Ungleichheit und deren Bewertung etwa im Lichte von Menschenrechten oder globaler Gerechtigkeit. Erweitert man die Perspektive – wie im vorigen Abschnitt beschrieben – auf gesellschaftliche und ökonomische Phänomene wie demographischen Wandel, Migration, Veränderungen in Rollen- und Familienmodellen, zunehmende Siedlungsbewegungen vom ländlichen Raum in Städte und die Entstehung von Megacities, Veränderungen in Arbeitsmodellen und -strukturen wie auch die Globalisierung von Wirtschaft und Kapital, wirft dies entsprechend weitere Fragen auf, zu deren Klärung die Politische Theorie einen spezifischen Beitrag leisten kann: Welche Folgen haben derartige Entwicklungen etwa für existierende Formen gesellschaftlichen Zusammenhalts oder auch für soziale Sicherungssysteme und deren Legitimität, wie wirken sie sich auf den Status von sozialen und politischen Grundwerten aus, inwiefern fördern sie die Politisierung oder Depolitisierung der Bürgerinnen und Bürger, stärken oder untergraben die Grundlagen von öffentlichem Diskurs und Konsensfindung etc.?

Wie an den hier nur beispielhaft und entsprechend selektiv aufgeführten Themen und Fragen bereits zu erkennen sein dürfte, ist es keineswegs so, als würde sich die gegenwärtige

tige Politische Theorie bisher (noch) nicht mit Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Im Gegenteil finden sich eine ganze Reihe von Arbeiten und ganzen Forschungsrichtungen, die sich – auch ohne, dass hier jeweils ein expliziter Bezug auf Nachhaltigkeit stattfinden würde – ohne Weiteres als jeweils einschlägig charakterisieren lassen.<sup>3</sup> Und auch mit Blick auf die Zukunft ist davon auszugehen, dass hier ganz offensichtlich weiterhin ein wichtiges und umfangreiches Betätigungsfeld für die Politische Theorie bestehen wird.

Allerdings scheint dabei die bisher skizzierte Funktion der Politischen Theorie mit Blick auf die Nachhaltigkeitsdebatte vorrangig eine dienende zu sein. Tatsächlich spricht aus der hier entworfenen Perspektive aber nichts dagegen, dass entsprechende Forschungsarbeiten aus einem originär politiktheoretischen Interesse unternommen werden und entsprechend ‚ungefragt‘ Impulse für die Nachhaltigkeitsdebatte geben. Letzteres ist auch deshalb ohnehin praktisch nicht zu vermeiden, weil sich eine politiktheoretische von vielen anderen Expertisen (wie zum Beispiel aus der Klimaforschung) dadurch unterscheidet, dass hier gerade nicht relativ eindeutige Erkenntnisse präsentiert, sondern typischerweise eine Pluralität widerstreitender Einschätzungen bereitgestellt wird.<sup>4</sup> Damit zeichnet sich auch bereits ein *zweites* Betätigungsfeld für eine ‚Politische Theorie der Nachhaltigkeit‘ ab – nämlich als eine Art Reflexionsinstanz der Nachhaltigkeitsdebatte. Die Politische Theorie scheint hierfür gleich in mehrerlei Hinsicht prädestiniert. Deutlich wird dies an der bereits angesprochenen Frage nach dem Zusammenhang zwischen Nachhaltiger Entwicklung in Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft, Politik und anderen Dimensionen. Innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte herrscht, wie gesagt, keineswegs Klarheit darüber, wie die entsprechenden Interdependenzen zu analysieren oder gar positiv zu bestimmen sind. Im Gegenteil wird regelmäßig problematisiert, dass es dem klassischen „Drei-Säulen-Modell“ wie auch differenzierteren Modellen von Nachhaltigkeit jenseits allgemeiner Hinweise auf die Interdependenzen zwischen den ‚Säulen‘ und der ebenso allgemeinen Forderung nach ihrer integrativen Bearbeitung an einem systematischen Verständnis ebenjener Interdependenzen mangelt (vgl. Ott / Döring 2011: 38). Auch wenn die Politische Theorie hier – nicht zuletzt angesichts der angesprochenen Pluralität der Perspektiven – sicher keine abschließende Antwort geben kann, ist doch unbestreitbar, dass die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen Ökonomie, Gesellschaft und Politik spätestens seit der Moderne und insbesondere der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft zum Kerngeschäft der Politischen Theorie beziehungsweise des politischen Denkens gehört (vgl. Asbach 2004).<sup>5</sup> Dass dabei Nachhaltige Entwicklung auch in einem entsprechend ausdifferenzierten Verständnis, das unterschiedliche Entwicklungssphären und deren Interdependenzen berücksichtigt, keineswegs ein objektives Ziel darstellt, das sich durch naturwissenschaftliche oder andere positivwissenschaftliche Erkenntnisse identifi-

- 
- 3 Ich verzichte hier aus Platzgründen auf eine Auflistung entsprechender Forschungsliteratur, gehe aber davon aus, dass die Leser:innen dieses Textes angesichts meiner knappen Hinweise spontan eine Fülle von Arbeiten vor Augen haben dürften.
  - 4 Bernd Ladwig geht vor diesem Hintergrund so weit, die Politische Theorie beziehungsweise Philosophie „in einer grundlegenden Kontinuitätsbeziehung zum alltäglichen politischen Rasonieren und zur gemeinen politischen Beschwerde“ zu verorten, gegenüber denen sie „keinen eigentlichen Expertenstatus geltend machen kann“ (Ladwig 2012: 74). Ob man diese Einschätzung teilt, hängt dabei allerdings wohl erheblich davon ab, wie man Politische Theorie charakterisiert (vgl. Abschnitt 3).
  - 5 Insofern kann es auch nicht überraschen, dass in einschlägigen Überblickswerken zur Nachhaltigkeit regelmäßig Werke wie Robert Malthus' *Essay on the Principles of Population* (1798) oder John Stuart Mills *Principles of Political Economy* (1848) als frühe und wichtige Beiträge zur Ideengeschichte der Nachhaltigkeit genannt werden (vgl. Grunwald / Kopfmüller 2012: 19; Ott / Döring 2011: 22–34).

zieren ließe, wird auch innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte anerkannt. Vielmehr gilt Nachhaltige Entwicklung als „ein gesellschaftlich-politisches und damit normatives Leitbild“ (Grunwald / Kopfmüller 2012: 11) – in dessen Zentrum die Frage der Gerechtigkeit gesehen wird (vgl. Grunwald / Kopfmüller 2012: 11 f.; 31–39; Ott / Döring 2011: 45–102). Gleichzeitig will man aber die konkretisierende Ausbuchstabierung des Leitbilds Nachhaltiger Entwicklung nicht durch Experten oktroyiert sehen. Vielmehr soll, wie immer wieder betont wird, die Bestimmung und inhaltliche Ausgestaltung „öffentlich vorgestellt und unter Staatsbürgerinnen debattiert“ (Ott / Döring 2011: 42), mithin also durch eine demokratische Öffentlichkeit informiert, zumindest aber demokratisch legitimiert sein. Auch die sich hieraus ergebenden Fragen nach Partizipation, Deliberation, Input- und Output-Legitimität sowie insbesondere auch nach dem Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Gerechtigkeit fallen ganz offenkundig ins Kerngeschäft der Politischen Theorie und müssten sie hier eigentlich zur ersten Ansprechpartnerin für die Nachhaltigkeitsdebatte machen.<sup>6</sup> Aufgabe der Politischen Theorie dürfte es dabei allerdings sein, nicht allein als „Demokratiewissenschaft“ (Niesen 2007) Auskunft darüber zu geben, an welchen (prozeduralen) Kriterien eine politische Interpretation und Verfolgung Nachhaltiger Entwicklung zu orientieren oder welche grundlegenden Gerechtigkeitsforderungen dabei als unabweislich zu berücksichtigen sind, sondern insbesondere Grundlagen und Impulse für eine kritische Reflexion der Nachhaltigkeitsdebatte sowie der realen Nachhaltigkeitspolitik bereitzustellen. Grundsätzlich stehen speziell der Politischen Theorie hierfür unter anderem mit Diskursanalyse, Hegemonietheorie, aber zum Beispiel auch Dekonstruktion, Genealogie und anderen Varianten kritischer Theorie eine Vielzahl besonders geeigneter Ansätze, Perspektiven und Methoden zur Verfügung.<sup>7</sup> Allerdings muss eine solche kritische Reflexion des Nachhaltigkeitsbegriffs sowie seiner theoretisch wie praktisch vermittelten Herausbildung und Entwicklung nicht zuletzt auch Rolle und Einfluss von Wissenschaft und anderen ‚Expert:innen‘ umfassen – was bedeutet, dass die Politische Theorie hier auch ihre eigene Rolle kritisch zu beobachten hat. Wie sich zeigen wird, kann dabei die im Folgenden präsentierte zweite Perspektive, die sich aus einer Auseinandersetzung der Politischen Theorie mit dem Konzept der Nachhaltigkeit ergibt, wertvolle Impulse für eine solche kritische Selbstreflexion geben.

### 3. Nachhaltige Politische Theorie

Diese zweite Perspektive möchte ich mit *Nachhaltige Politische Theorie* überschreiben. Die Erklärung, was genau damit gemeint ist, kann bei dem schon angedeuteten Umstand

- 
- 6 Die Frage, warum die Politische Theorie – gerade im deutschsprachigen Raum – bisher nicht stärker an den entsprechenden Debatten beteiligt ist, kann hier nicht beantwortet werden, sollte politischen Theoretiker:innen aber sicher zu denken geben.
- 7 Im Übrigen ist auch die Begriffs- und Ideengeschichte der Nachhaltigkeit weitestgehend noch zu schreiben. Die bereits angesprochenen Spuren zu Denkern wie Malthus und Mill, aber auch in die deutsche Forstwirtschaft, deuten dabei unter anderem darauf hin, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit – entgegen seiner mutmaßlich ‚grünen‘ Konnotation – entscheidende Impulse aus einer spezifischen Kombination von Ökonomie und (Neo-)Liberalismus erhalten hat, die ab der Mitte des 18. Jahrhunderts wirkmächtig wurde. Auch hier ist also offenkundig eine entsprechend kritische Rekonstruktion angezeigt – der als Inspiration etwa Matthias Bohlenders instruktive Studie über die *Metamorphosen des liberalen Regierens* (2007) als Inspiration und Ausgangspunkt dienen könnte.

ansetzen, dass innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte ‚Politik‘ zwar stets als ein zentrales *Mittel* zur Verfolgung Nachhaltiger Entwicklung in den unterschiedlichen Sphären, Dimensionen beziehungsweise Säulen, nicht aber selbst als eine solche Säule, das heißt als *Ort, Sphäre oder Gegenstand* Nachhaltiger Entwicklung angesehen wird. Die grundlegende Frage, die diese Beobachtung aufwirft, lautet: *Kann Politik selbst nachhaltig beziehungsweise nicht nachhaltig sein?* Um bei der explorativen Annäherung an eine Antwort auf diese Frage nicht bereits von einer tendenziösen Definition von Nachhaltigkeit auszugehen, lässt sich noch einmal an den allgemein gehaltenen Leitsatz Nachhaltiger Entwicklung anknüpfen, dem zufolge eine solche „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Auf ‚Politik‘ angewandt könnte dieser Leitsatz nun, so mein Vorschlag, als die Forderung gelesen werden, dass politische Ordnungen (das heißt konkrete politische Systeme, Institutionen, (Rechts-)Ordnungen, Verfahren und Praktiken) beziehungsweise spezifische Politiken (wie etwa wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik) nicht nur den gegenwärtigen, sondern auch den zukünftigen Mitgliedern eines politischen Gemeinwesens zur Verfügung stehen sollen.

Schon in dieser knappen Form dürfte eine solche Charakterisierung nachhaltiger Politik mindestens zwei kritische Nachfragen sowie einen ganz grundlegenden Einwand provozieren. Wird hier nämlich, *erstens*, als ‚Nachhaltigkeit‘ nicht einfach ein altbekannter politikwissenschaftlicher beziehungsweise politiktheoretischer Topos unter neuem Namen verkauft – nämlich die Frage nach der Stabilität politischer Ordnungen? Die Nachfrage ist keineswegs unberechtigt, weil auf den ersten Blick in der Tat relevante Ähnlichkeiten bestehen, muss aber weiter differenziert werden. Denn die Frage nach Stabilität ist aus politiktheoretischer Sicht typischerweise kein Selbstzweck, sondern stellt sich im Kontext von Überlegungen hinsichtlich der Realisierung bestimmter (normativer) Ziele, Ideale oder Prinzipien – wie Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit, aber auch Legitimität, Effizienz oder Sicherheit und Frieden.<sup>8</sup> Maßnahmen, die für die langfristige Stabilität einer politischen Ordnung im engeren Sinne sorgen sollen, befördern dabei allerdings nicht automatisch auch die dauerhafte (und in diesem Sinne stabile) Verwirklichung der angestrebten Ziele – was daran liegt, dass sie von Entwicklungen in anderen Sphären abhängt beziehungsweise durch diese be- oder gar verhindert werden kann. Die Nachhaltigkeitsdebatte erinnert hieran mit der bereits angesprochenen Betonung der Interdependenz von Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft und anderen Sphären nachdrücklich: Denn auch wenn sie bis zu einem gewissen Grad steuernd beziehungsweise regulierend in diese Sphären eingreifen kann, ist die Politik von dieser Interdependenz nicht ausgenommen. Politik findet nicht nur stets unter spezifischen sozialen, ökonomischen und weiteren Bedingungen statt und wird durch diese bedingt und beeinflusst; mittel- und langfristige Entwicklungen und Dynamiken in anderen Sphären können außerdem die politisch betriebene Verwirklichung bestimmter Ziele ganz erheblich beeinflussen. Besonders offensichtlich gilt dies für Arenen und Politikfelder, wie sie in den klassischen Debatten über politische Steuerung thematisiert werden (vgl. Mayntz 2001): So müssen beispielsweise politische Maßnahmen zur Verringerung klimaschädlicher Emissionen nicht nur (globale) Marktmechanismen, ökonomische Interessen, individuelles Konsumverhalten und andere Faktoren von vornherein berücksichtigen, sondern werden hinsichtlich ihres Erfolgs außerdem von Entwick-

---

8 Vgl. exemplarisch John Rawls' einschlägige Diskussion der Bedeutung von Stabilität im Rahmen seiner Gerechtigkeitstheorie (Rawls 1979: 539 ff.; Rawls 1998: 227 ff.; vgl. auch Hinsch 2015).

lungen in den entsprechenden Sphären bedingt, die teilweise schwer vorhersehbar sind, in jedem Fall aber dynamischen und partikularen Eigenlogiken folgen. Nicht minder stellt sich dieses Problem mit Blick auf stärker normative Ziele, das heißt die Realisierung von Werten wie individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit oder auch demokratischer Teilhabe und die Sicherung ihres Fortbestehens. Wo durch entsprechende Rechte, Verfahren und Institutionen ein Schutz der individuellen Freiheit aller Bürger:innen realisiert wird, kann dieser zum Beispiel durch Abhängigkeits- beziehungsweise Beherrschungsverhältnisse unterminiert werden, die sich infolge der freien Interaktion der Bürger:innen als Marktteilnehmer:innen entwickeln.<sup>9</sup> In ähnlicher Weise kann die politische Realisierung einer formalen Gleichheit der Bürger:innen, speziell auch für ehemals exkludierte Gruppen, mittel- und langfristig durch gesellschaftlich verbreitete Vorurteile und Diskriminierung (wie Sexismus, Rassismus oder Homophobie) konterkariert werden, die entweder unverändert weiterbestehen oder sich – möglicherweise in Reaktion auf die formale Inklusion – verschärfen oder überhaupt erst entwickeln.<sup>10</sup> Nicht zuletzt ist auch der – oftmals besonders schwer vorherzusehende und dynamische – Einfluss von Entwicklungen in Wissenschaft und Technik hinsichtlich einer dauerhaften Realisierung normativer Ziele zu nennen, wie er prominent etwa in der Frage nach den Auswirkungen einer fortschreitenden Digitalisierung auf die Demokratie thematisiert wird (vgl. Thiel 2020). Die Stabilität einer politischen Ordnung beziehungsweise die stabile Durchsetzung spezifischer Policies führen also, mit anderen Worten, nicht notwendig auch zu einer dauerhaften Realisierung der durch sie verfolgten Ziele; im Gegenteil kann ein Festhalten an spezifischen politischen Institutionen und Maßnahmen eine solche dauerhafte Realisierung konterkarieren, wenn dadurch mögliche Veränderungen des relevanten Realisierungskontextes unberücksichtigt bleiben, die sich unter anderem aus gesellschaftlichen, ökonomischen und weiteren Entwicklungen ergeben.

Wenn man derartige Entwicklungen und ihren Einfluss auf die Verfolgung politischer Ziele aber nicht als unhintergehbare Tatsachen betrachtet, sondern daran festhält, dass in den gegenwärtigen „politischen Gesellschaften“ alle Bereiche des sozialen Lebens grundsätzlich politisierbar sind und dementsprechend zumindest potenziell politisch auf entsprechende Veränderungen reagiert werden kann (vgl. Greven 2009), ergibt sich aus den hier angestellten Überlegungen folgendes Bild: Politik kann als unzureichend nachhaltig gekennzeichnet werden, wo sie mit Blick auf die jeweils verfolgten Ziele den Einfluss von Effekten, die durch die existierenden Verhältnisse beziehungsweise insbesondere auch zukünftige Entwicklungen in anderen Sphären zu erwarten sind, nicht berücksichtigt und dementsprechend nicht von vornherein entsprechend adressiert beziehungsweise sich nicht explizit Ressourcen für ein flexibles Reagieren auf entsprechende Entwicklungen vorbehält. Politische Theorie ließe sich analog als unzureichend nachhaltig charakterisieren, wo sie Modelle für politische Ordnungen beziehungsweise Prinzipien, Normen und Perspektiven zu deren Schaffung, Reform und kritischen Evaluation entwirft, in denen die genannten – gerade auch längerfristig zu erwartenden – Effekte aus anderen ‚Sphären‘ keine Berücksichtigung finden. Oder andersherum formuliert: Politische Theorie ist nachhaltig, wo sie Politik beziehungsweise das Politische in ihrer Interdependenz mit anderen Sphären des sozialen Lebens, und dabei insbesondere hinsichtlich der temporalen Dimen-

9 Zuletzt hat diese Dynamik etwa die jüngere neo-republikanische Kritik herausgearbeitet (vgl. exemplarisch Gourevitch 2011).

10 Vgl. hierzu etwa die prägnanten Analysen von Sally Haslanger (2012).

sion dieser Interdependenz, reflektiert. Mit dieser vorläufigen (und viel zu knappen) Bestimmung nachhaltiger Politik und Nachhaltiger Politischer Theorie ist nun selbstverständlich weder implizit gefordert, dass möglichst viele Bereiche des sozialen Lebens möglichst umfangreich politisch reguliert werden sollten, noch, dass die Politische Theorie entsprechend totalitär anmutende Modelle von Politik entwerfen sollte. Vielmehr kann diese Bestimmung als kritische Erinnerung an die – innerhalb der Politischen Theorie wohlbekannte – Gefahr erinnern, dass praktische Politik wie auch politische Theorien selbst nicht nur dort ideologische Züge annehmen können, wo sie herrschende Verhältnisse als alternativlos darstellen, sondern auch dort, wo sie die Realisierung bestimmter (politischer) Verhältnisse in Aussicht stellen, dabei aber anfallende Kosten, zu erwartende Hindernisse oder auch Auswirkungen auf andere Bereiche sozialen Lebens nicht adressieren.

All das antwortet aber noch nicht auf eine *zweite* kritische Nachfrage, die in Zweifel stellt, dass es sich bei Politik – oder genauer: bei den in Form von politischen Institutionen, Verfahren, Rechten und Policies realisierten Idealen – überhaupt um knappe Güter handelt. Anders als mit Holz, Wasser oder sauberer Luft muss etwa mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (und der dadurch realisierten Freiheit und Gleichheit) mit Blick auf nachfolgende Generationen schließlich nicht ‚gehaushaltet‘ werden – weshalb der Leitsatz Nachhaltiger Entwicklung hier überhaupt nicht plausibel in Anschlag gebracht werden kann. Zutreffend an dieser Kritik ist, dass der demokratische Rechtsstaat (den ich im Folgenden durchgängig als Beispiel verwende) in der Tat keine knappe Ressource darstellt, sondern grundsätzlich auch nachfolgenden Generationen in gleicher Weise zur Verfügung stehen kann. Nicht zuletzt die Erfahrungen aus der Mitte des 20. Jahrhunderts zeigen allerdings, dass sein dauerhafter Fortbestand trotzdem nicht selbstverständlich ist beziehungsweise er sich nicht notwendig zuverlässig von selbst reproduziert (vgl. noch einmal Greven 2009, speziell Kap. III). Insbesondere sind der demokratische Rechtsstaat und die durch ihn erreichte Realisierung von Freiheit und Gleichheit hinsichtlich ihres dauerhaften Fortbestands auf eine Vielzahl von Voraussetzungen beziehungsweise Ressourcen in anderen Sphären angewiesen, die sie – ganz im Sinne des klassischen Böckenförde-Diktums – nicht selbst hervorbringen können beziehungsweise auf deren andauernde Verfügbarkeit sie sich zumindest nicht verlassen können. Auch solche Ressourcen – wie etwa ein gesamtgesellschaftlicher Konsens über Grundwerte, politische Basiskompetenzen auf Seiten der Bürger:innen oder auch eine stabile Staatsfinanzierung – sind zwar nicht per se ‚knapp‘, müssen aber – wenn der demokratische Rechtsstaat auch nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehen soll – dennoch aktiv bewahrt beziehungsweise sichergestellt werden.<sup>11</sup> Wiederum ausgehend von der Annahme, dass durch Politik grundsätzlich steuernd Einfluss auf die Entwicklung der entsprechenden Ressourcen genommen werden kann, wird hier eine weitere (wenn auch eng verwandte) Hinsicht deutlich, in der sich Politik als unzureichend nachhaltig erweisen kann – nämlich dort, wo sie die mittel- und langfristigen Voraussetzungen ihrer selbst beziehungsweise der dauerhaften Realisierung

---

11 Gleiches gilt für Verhältnisse und Entwicklungen aus anderen Sphären, die sich als *Hemmnisse* für die politische Realisierung bestimmter politischer Ideale und Praktiken erweisen. Zu denken ist hier etwa daran, wie materielle Ungleichheit und/oder soziale Normen, Praktiken und Vorurteile die Umsetzung gleicher Partizipations- und Einflussmöglichkeiten beeinträchtigen, oder auch daran, wie ein ‚entfesselter‘ Kapitalismus die politische Realisierung individueller Freiheit konterkarieren kann (wie etwa die jüngeren Analysen struktureller Beherrschung betonen (vgl. etwa Vrousalis 2020)). Auch hier kann nicht einfach angenommen werden, dass sich derartige Hemmnisse mittel- und langfristig wie von selbst in Wohlgefallen auflösen beziehungsweise – einmal adressiert – für immer gebannt sind.

der durch sie verfolgten Ziele und Werte unberücksichtigt lässt beziehungsweise die (Re-)Produktion der notwendigen Ressourcen nicht adressiert.

Analog ließe sich wiederum für die Politische Theorie festhalten, dass sie immer dann unzureichend nachhaltig ist, wenn sie Modelle, Prinzipien und Normen entwirft, die eine praktisch-politische Realisierung von Idealen wie Demokratie, Gerechtigkeit, Legitimität etc. informieren können sollen, dabei aber die skizzierte Rolle von Ressourcen, insbesondere im zeitlichen Verlauf, nicht berücksichtigt. Dabei ist selbstverständlich auch die Bedeutung solcher Ressourcen beziehungsweise Voraussetzungen innerhalb der Politischen Theorie durchaus bekannt: Prominent thematisiert wurde sie etwa im Rahmen der kommunitaristischen Kritik am Liberalismus (vgl. exemplarisch Taylor 2002), ebenso wie in den darauffolgenden Debatten etwa über citizenship und (Verfassungs-)Patriotismus (vgl. etwa Miller 2000; Müller 2007; Viroli 1995). Ebenfalls zu nennen sind hier die an der Schnittstelle zu kritischer Pädagogik, politischer Bildung und Demokratiepädagogik regelmäßig formulierten politiktheoretischen Überlegungen dazu, welche Art von Bildung im schulischen wie im außerschulischen Bereich zur nachhaltigen Verwirklichung unterschiedlicher Ideale (auf politischer beziehungsweise gesamtgesellschaftlicher Ebene wie auf Ebene der einzelnen Bürger:innen) beitragen kann beziehungsweise muss (vgl. als aktuelles Beispiel Binder / Drerup 2020). Insofern kann auch diese Dimension einer Nachhaltigen Politischen Theorie nicht als eine grundlegend neue Programmatik, sondern zuvorderst als kritische Erinnerung an eine bekannte Herausforderung charakterisiert werden, der sich die Politische Theorie zu stellen hat. Über die angesprochenen Debatten geht die hier präsentierte Perspektive aber dort hinaus, wo sie spezifisch die zeitliche Perspektive hervorhebt und betont, dass die Voraussetzungen einer dauerhaften Realisierung von Werten wie Freiheit und Gleichheit nicht abschließend identifiziert werden können, sondern sich, wiederum im Wechselspiel mit Entwicklungen in Ökonomie, Gesellschaft etc., dynamisch verändern können – so dass auch die politiktheoretische Bestimmung dieser Voraussetzungen dauerhaft reflektiert und gegebenenfalls angepasst werden muss.

Spätestens an dieser Stelle dürfte nun aber ein ganz grundlegender Einwand gegen die hier angestellten Überlegungen zur Nachhaltigkeit von Politischer Theorie erhoben werden – und zwar von Theoretiker:innen, die ein zentrales Charakteristikum Politischer Theorie darin sehen, dass hier (normative) Überlegungen, Modelle und Prinzipien gerade in Abstraktion von partikularen, Zeit- und Kontext-spezifischen Verhältnissen entwickelt werden. Eine Auseinandersetzung mit konkreten gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verhältnissen, oder auch mit den normativen Überzeugungen der Mitglieder einer gegebenen Gesellschaft, kann aus dieser Perspektive Theoretiker:innen zwar Inspiration sowie Hinweise auf die Realisierbarkeit einzelner Überlegungen bieten, sollte aber keinen konstitutiven Einfluss auf die Theoriebildung nehmen (vgl. Swift 2003). Fragen der praktischen Realisierung politischer Prinzipien und Werte, wie sie in diesem Abschnitt als zentral für eine Nachhaltige Politische Theorie diskutiert worden sind, fallen demzufolge zwar als Gegenstand der ‚nicht-idealen‘ Theorie durchaus in den Zuständigkeitsbereich der Politischen Theorie, sind aber als Anwendungsfragen der ‚idealen‘ Theoriebildung nachgelagert und sollen diese nicht beeinflussen (vgl. Valentini 2012). Gerade durch diese Abstinenz von der Realität, so könnte von Vertreter:innen eines solchen Verständnisses von Politischer Theorie also gegen die hier entwickelten Überlegungen vorgebracht werden, lassen sich im eigentlichen Sinne nachhaltige Theorien entwickeln – insofern für sie nämlich eine Kontext-unabhängige Gültigkeit (oder aber mindestens: Relevanz) beansprucht und sie dementsprechend universell ‚angewendet‘ werden können.

Damit sind die hier präsentierten Überlegungen schließlich auf der Ebene einer Grundsatzdebatte über das ‚Wesen‘ der Politischen Theorie angelangt, die an dieser Stelle unmöglich vertieft diskutiert werden kann. Festzuhalten ist aber, dass die hier entwickelte Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie offenkundig mit dem zuletzt skizzierten Selbstverständnis von Politischer Theorie nur schwer zu vereinbaren sein dürfte. Viel eher scheint sie dagegen mit der mutmaßlichen Gegenposition zusammenzugehen, wie sie zuletzt von den Befürworter:innen eines politiktheoretischen Realismus artikuliert worden ist (vgl. Rossi / Sleat 2014). Im Einklang mit der realistischen Kritik an einem Verständnis von Politischer Theorie als ‚angewandter Ethik‘ unterstreicht die hier entwickelte Perspektive, dass Politik – nicht zuletzt in ihrer dynamischen Wechselwirkung mit anderen Sphären – einen autonomen Bereich menschlichen Handelns mit eigener Logik sowie eigenen Regeln, Dynamiken und Normen darstellt, die es bei der Theoriebildung konstitutiv zu berücksichtigen gilt. Insbesondere, wo sie in Form demokratisch legitimierter Politik realisiert werden sollen, sind Ziele und Werte – seien es der Schutz des Klimas oder die Realisierung von Freiheit und Gleichheit – ihrer praktisch-politischen Umsetzung nicht vorgelagert, sondern werden durch diese in ihrer jeweils spezifischen Form und Einbettung konstitutiv bedingt. Über die einschlägigen Formulierungen eines politiktheoretischen Realismus hinaus betont die Perspektive einer Nachhaltigen Politischen Theorie außerdem wiederum die zeitliche Dimension von Politik und mahnt an, dass gerade eine ‚realistische‘ Theorie nicht nur um die für die mittel- und langfristige Realisierung von Zielen und Werten unabdingbare Flexibilität von Politik wissen muss, sondern diese Einsicht auch reflexiv auf die Ergebnisse der eigenen Theoriearbeit beziehungsweise deren Status anzuwenden hat.

#### 4. Fazit: Nachhaltige Politische Theorie der Nachhaltigkeit

Ausgangspunkt der hier präsentierten Überlegungen war die Frage, inwiefern für die Politische Theorie – wo sie einen gestalterischen Anspruch hinsichtlich des Denkens über die Zukunft geltend machen, ihre diesbezügliche Rolle aber gleichzeitig kritisch reflektieren will – eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeitsdebatte ein gewinnbringendes oder sogar notwendiges Unterfangen darstellen könnte. Im Rahmen der Perspektive einer Politischen Theorie der Nachhaltigkeit habe ich dabei zunächst zu zeigen versucht, dass die Politische Theorie sich bei genauerer Betrachtung faktisch bereits mit einer Vielzahl von Aspekten der Nachhaltigkeitsdebatte beschäftigt und hier auch zukünftig ein mehr als umfangreiches Betätigungsfeld vorfinden dürfte. Wo Nachhaltige Entwicklung außerdem kein Elitenprojekt mutmaßlicher Expert:innen darstellt, sondern von einer demokratischen Öffentlichkeit getragen und vorangetrieben werden soll, kann sich die Politische Theorie dabei innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte sogar an zentraler Stelle als entscheidende Reflexionsinstanz erweisen. Als reflexive Wissenschaft kann die Politische Theorie eine solche Rolle allerdings nur übernehmen, wenn sie ebendies gleichzeitig selbst kritisch hinterfragt. Mit der Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie habe ich eine Perspektive vorgestellt, die der Politischen Theorie wertvolle Impulse für eine solche kritische Selbstreflexion liefern kann. Wie sich gezeigt hat, begründet diese Perspektive mitnichten eine grundlegend neue Programmatik, sondern erweist sich vielmehr als kritische Erinnerung an eine Reihe von grundsätzlich etablierten Einsichten – wobei sie allerdings mit der zeitlichen Dimension von Politik und der Realisierung auch normativer Zie-

le und Werte einen in der Politischen Theorie oftmals vernachlässigten Aspekt in den Vordergrund rückt. Nicht abschließend beantwortet werden konnte die Frage, inwiefern eine kritische Selbstreflexion entlang der skizzierten Idee einer Nachhaltigen Politischen Theorie in letzter Konsequenz eine Zurückweisung wenigstens eines prominenten Selbstverständnisses der politischen Theorie bedeuten muss. Klar ist aber wohl in jedem Fall geworden: In verantwortungsvoller Weise ist eine Politische Theorie der Nachhaltigkeit – so man sich einem solchen Projekt verschreiben möchte – nur als Nachhaltige Politische Theorie zu betreiben.

## Literatur

- Adloff, Frank / Neckel, Sighard, 2019: Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? Die Zukünfte der Nachhaltigkeit. In: Klaus Dörre / Hartmut Rosa / Karina Becker / Sophie Bose / Benjamin Seyd (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, Wiesbaden, 167–180.
- Asbach, Olaf, 2004: Die Konstitution politischer Freiheit. Grundlagen, Probleme und Aktualität der politischen Theorie der Aufklärung. In: *Politisches Denken Jahrbuch 2004*, Berlin, 77–105.
- Binder, Ulrich / Drerup, Johannes, 2020 (Hg.): *Demokratieerziehung und die Bildung digitaler Öffentlichkeit*, Wiesbaden.
- Bohlender, Matthias, 2007: *Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus*, Velbrück.
- Carlowitz, Hans Carl von, 1713: *Sylvicultura Oeconomica, Oder Haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht*, Leipzig.
- Dingler, Johannes, 2003: *Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung*, München.
- Gottschlich, Daniela, 2017: *Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive*, Baden-Baden.
- Gourevitch, Alex, 2011: Labor and Republican Liberty. In: *Constellations* 18 (3), 431–454.
- Greven, Michael Th., 2009: *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie*, 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden.
- Grunwald, Armin / Kopfmüller, Jürgen, 2012: *Nachhaltigkeit. Eine Einführung*, 2., aktualisierte Auflage, Frankfurt (Main).
- Haslanger, Sally, 2012: *Resisting Reality. Social Construction and Social Critique*, Oxford.
- Hauff, Volker, 1987 (Hg.): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven.
- Hauff, Michael von / Kleine, Alexandro, 2005: *Methodischer Ansatz zur Systematisierung von Handlungsfeldern und Indikatoren einer Nachhaltigkeitsstrategie – Das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck*, Diskussionsbeitrag 19–05; [https://kluedo.uni-kl.de/frontdoor/deliver/index/docId/1597/file/Das\\_Integrierende\\_Nachhaltigkeits-Dreieck.pdf](https://kluedo.uni-kl.de/frontdoor/deliver/index/docId/1597/file/Das_Integrierende_Nachhaltigkeits-Dreieck.pdf), 20.10.2020.
- Hirsch, Wilfried, 2015: *Gerechtigkeit, Stabilität und Legitimität (Die beiden Einleitungen)*. In: Otfried Höffe (Hg.), *John Rawls: Politischer Liberalismus*, Berlin, 29–46.
- Huss, Jürgen / Gadow, Friedericke von, 2012: *Einführung*. In: *Hannß Carl von Carlowitz, Sylvicultura oeconomica*, Faksimile der Erstausgabe Leipzig 1713, mit einer Einführung von Jürgen Huss und Friedericke von Gadow, Remagen-Oberwinter, 3–53.
- Kleine, Alexandro, 2009: *Operationalisierung einer Nachhaltigkeitsstrategie. Ökologie, Ökonomie und Soziales integrieren*, Wiesbaden.
- Ladwig, Bernd, 2012: *Methodisches zur Methodenfrage in der politischen Philosophie*. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 3 (2), 72–75.
- Mayntz, Renate, 2001: *Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive*. In: Hans-Peter Burth / Axel Görlitz (Hg.), *Politische Steuerung in Theorie und Praxis*, Baden-Baden, 17–28.

- Miller, David, 2000: *Citizenship and National Identity*, Cambridge.
- Müller, Jan-Werner, 2007: *Constitutional Patriotism*, Princeton.
- Niesen, Peter, 2007: Politische Theorie als Demokratiewissenschaft. In: Hubertus Buchstein / Gerhard Göhler (Hg.), *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, 126–155.
- Ott, Konrad / Döring, Ralf, 2011: *Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit*, 3. Auflage, Marburg.
- Rawls, John, 1979: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 1998: *Politischer Liberalismus*, Frankfurt (Main).
- Renn, Ortwin / Deuschle, Jürgen / Jäger, Alexander / Weimer-Jehle, Wolfgang, 2007: *Leitbild Nachhaltigkeit. Eine normativ-funktionale Konzeption und ihre Umsetzung*, Wiesbaden.
- Rossi, Enzo / Sleat, Matt, 2014: Realism in Normative Political Theory. In: *Philosophy Compass* 9 (10), 689–701.
- Stein, Tine, 2016: Endliche Welt und offene Zukunft. Zum ökologischen politischen Denken der siebziger und achtziger Jahre. In: Anja Franke-Schwenk / Andreas Bihrer / Tine Stein (Hg.), *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, Bielefeld, 199–219.
- Swift, Adam, 2003: Social Justice. Why Does It Matter What the People Think? In: Daniel A. Bell / Avner De-Shalit (Hg.), *Forms of Justice. Critical Perspectives on David Miller's Political Philosophy*, Lanham (MD), 13–28.
- Taylor, Charles, 2002: *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Thiel, Thorsten, 2020: Demokratie in der digitalen Konstellation. In: Gisela Riescher / Beate Rosenzweig / Anna Meine (Hg.), *Einführung in die Politische Theorie: Grundlagen – Methoden – Debatten*, Stuttgart, 331–349.
- Valentini, Laura, 2012: Ideal vs. Non-ideal Theory. A Conceptual Map. In: *Philosophy Compass* 7 (9), 654–664.
- Viroli, Maurizio, 1995: *For Love of Country. An Essay on Patriotism and Nationalism*, Oxford.
- Vrousalis, Nicolas, 2020: The Capitalist Cage. Structural Domination and Collective Agency in the Market. In: *Journal of Applied Philosophy*, Early View; <https://doi.org/10.1111/japp.12414>.